

Wer hat bei uns das Sagen?

Spanien ist von einer großen Rating-Agentur herabgestuft worden. Das bedeutet: Wenn der spanische Staat und dort tätiges Unternehmen Geld brauchen, müssen sie höhere Zinsen bezahlen. Da stehen Milliarden Euro pro Jahr auf dem Spiel. Kann man sich dagegen wehren, etwa beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte? Schön wär's.

Vielleicht ist die Herabstufung nur ein erster Schritt. Erst war Griechenland dran, jetzt ist Spanien an der Reihe. Dann kommen vielleicht Italien, Portugal und Irland. Hedgefonds und andere Spekulanten sind am Werk und wollen den Euro in die Knie zwingen. Dabei liegt es nahe, bei den schwächsten Kettengliedern zu beginnen. Die Methode ist bekannt. Man betont das Negative und verschweigt das Positive, man platziert Gerüchte, man stößt in großen Mengen Devisen oder Aktien ab, kurz: man schafft eine Stimmung, die den Euro auf dem absteigenden Ast zeigt, und zwar schon ganz weit unten. Mit der realen wirtschaftlichen Situation hat dies wenig zu tun.

Europa wehrt sich. 30 Milliarden Euro Kredit für Griechenland, 750 Milliarden Euro, um die Spekulation abzuwehren. Deutschland trägt den größten Anteil. Wir hoffen, dass es reicht. Aber werden es sich die USA gefallen lassen, dass der Dollar auf Dauer Konkurrenz bekommt?

Nun beginnen die Sparrunden. Wer in Griechenland im öffentlichen Dienst arbeitet, erhält in absehbarer Zeit nur noch 80 % seines bisherigen Gehalts. Aber es trifft auch uns. Sämtliche Haushalte von Bund und Ländern stehen auf dem Prüfstand. Vielleicht wird man sogar an der Bildung sparen, aber auch wenn man das verhindert: Man wird weniger Straßen bauen, die kommunalen Leistungen werden zurückgefahren, auch die Polizei muss mit weniger Geld auskommen. Und die Gehälter? Es wird schwierig werden, auch nur den aktuellen Stand zu halten.

Wer wird dies bewerkstelligen? Natürlich die Regierung und der demokratische Gesetzgeber, von uns allen gewählt. Man stelle sich einmal vor, das wäre nicht so. Die Hedge-Fonds und die Rating-Agenturen hätten das Recht, die Gehälter zu senken, Schwimmbäder und Musikschulen zu schließen und dafür zu sorgen, dass wir für unser Geld weniger kaufen

können. Die Empörung wäre eine allgemeine, „das geht so nicht weiter“ würden die Leute sagen, manche würden sogar von „Revolution“ reden. „Jagt das Pack zum Teufel“ würde auf der Titelseite der Bild-Zeitung stehen.

Aber die Wirklichkeit ist anders. Denn zwischen den wirklich Mächtigen und uns steht das Parlament als „Abfederungsinstanz“. Doch das Ergebnis bleibt dasselbe. Wer die Realität erkennen will, sollte öfters hinter die Demokratie-Fassade blicken. Nur wenn dies viele tun, wird sich irgendwann tatsächlich etwas ändern.

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 7/2010 S. 3